

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Mag. Ernst Stummer LL.M.

Präsident der AK Oberösterreich

stv. Direktor der AK Oberösterreich

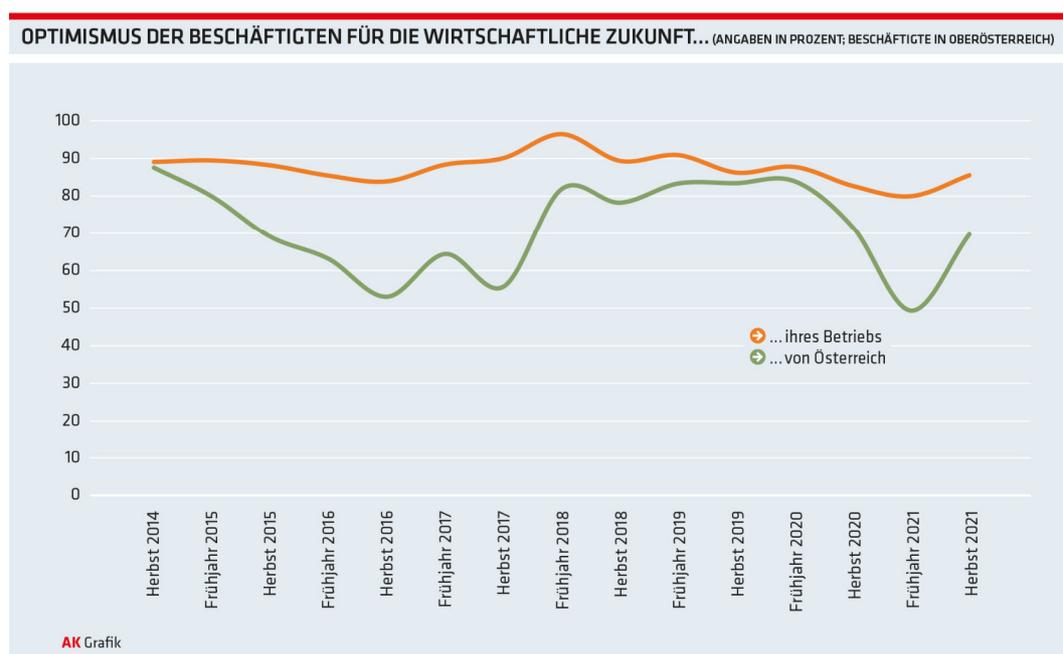
**AK-Leistungsbilanz 2021:
Fast 90 Millionen Euro für die
oberösterreichischen Beschäftigten erkämpft**

Online-Pressekonferenz
Mittwoch, 19. Jänner 2022, 9 Uhr

316.000 Beratungen, starker Rückgang bei den Insolvenzen

Auch das Jahr 2021 war geprägt von der Corona-Pandemie, dennoch gingen die Zahl der Beratungen und die von der AK erstrittenen Beträge auf das Vorkrisenniveau zurück. 316.000 Beratungen leisteten die Expertinnen und Experten der Arbeiterkammer im vergangenen Jahr. In arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder fast 90 Millionen Euro erkämpfen. Der Rückgang im Vergleich zu 2020 geht ausschließlich auf die deutlich geringere Zahl an Insolvenzen zurück.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen, wie zum Beispiel Kurzarbeit oder Home-Office, prägten auch im vergangenen Jahr den Arbeitsalltag vieler Arbeitnehmer/-innen. Die totale Verunsicherung wich bei vielen der Ernüchterung, dass Respekt und Anerkennung auch in schwierigen Zeiten für viele Arbeitgeber Fremdwörter sind. Dementsprechend blicken immer mehr oberösterreichische Beschäftigte pessimistisch in die berufliche und wirtschaftliche Zukunft. Das zeigt der Österreichische Arbeitsklima Index, der die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten misst. Dieser lag im Frühjahr 2021 bei 105 Indexpunkten und hat sich im Laufe des abgelaufenen Jahres nur leicht erholt. Im Vergleich: Zu Beginn der Pandemie lag der Index noch bei 110 Punkten. Auch der Optimismus der oberösterreichischen Beschäftigten hat durch die Pandemie einen Dämpfer erlitten.



Nach einer Erholung in den Jahren 2018 und 2019 ist die Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der Pandemie zwischenzeitlich auf nie dagewesene 49 Prozent gesunken. Im Herbst hat sich auch dieser Indikator wieder leicht erholt. Nach wie vor relativ stabil ist hingegen die Einschätzung der Situation im eigenen Betrieb: 87 Prozent blicken derzeit optimistisch in die Zukunft ihres Arbeitgebers – und damit auch auf die Sicherheit ihres eigenen Jobs. Besonders zuversichtlich sind übrigens Beschäftigte in Betrieben mit Betriebsrat.

Viele Fragen zu den Corona-Regeln am Arbeitsplatz

Fragen zu den jeweils gerade gültigen Corona-Regeln am Arbeitsplatz prägten auch im Jahr 2021 die Beratungspraxis in der AK Linz und in den 14 Bezirksstellen. Gegen Ende des Jahres häuften sich Anfragen von Beschäftigten zu den 3G-Regelungen und zur geplanten Impfpflicht. Von den 316.040 Anfragen drehten sich aber auch viele um das klassische Arbeits- und Sozialrecht. Im Arbeitsrecht dominierten Fragen zu Kündigungen, nicht bezahlten Überstunden, ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen oder zum Arbeitsvertrag, im Sozialrecht ging es vorwiegend um Pensionen, Pflegegeld und das Arbeitslosengeld.

Der überwiegende Großteil der Beratungen erfolgte auf telefonischem Wege, nämlich 78 Prozent. Gestiegen ist dieser Anteil auf Kosten der persönlichen Beratung, die aufgrund des social distancing im Vergleich zum Vorkrisenniveau um gut 40 Prozent zurückgegangen ist. Auch die E-Mail-Beratung und die Website der AK Oberösterreich – ooe.arbeiterkammer.at – wurden wieder in extrem hohem Ausmaß in Anspruch genommen.

Fast 7.600 abgeschlossene Rechtsfälle

Wenn die Beratung nicht ausreicht, übernimmt die AK Oberösterreich auch die Vertretung ihrer Mitglieder. Im vergangenen Jahr wurden von den Juristen/-innen der AK Oberösterreich rund 12.700 Rechtsakte bearbeitet. Fast 7.600 Rechtsfälle konnte die AK für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten sowie in Insolvenzverfahren gerichtlich oder außergerichtlich zu einem Abschluss bringen. Die Erfolgsquote lag im Arbeitsrecht bei über 80 Prozent.

Ein Fall aus der Praxis: Zusteller einfach abgemeldet

Ein bei einem Kleintransport-Unternehmen beschäftigter Zusteller aus Linz wurde wegen einer Infektion mit dem Corona-Virus behördlich abgesondert. Das teilte er seinem Arbeitgeber gleich mit. Diesem fiel nichts Besseres ein, als dem Mitarbeiter mitzuteilen, dass er ihn abmelden wird. Tatsächlich meldete er ihn aber zehn Tage rückwirkend wegen Auflösung in der Probezeit ab. Bei ordnungsgemäßer Beendigung hätte er die kollektivvertragliche Kündigungsfrist einhalten müssen, da die Probezeit zu diesem Zeitpunkt bereits vorüber war. Aber der Unternehmer hatte die Rechnung ohne die AK gemacht: Diese forderte die Ansprüche aufgrund der rechtswidrigen rückwirkenden Auflösung des Arbeitsverhältnisses ein. Da der Geschäftsführer die Forderungen bestritt, wurde Klage beim Arbeitsgericht eingebracht.

Letztlich musste der Arbeitgeber die offenen Ansprüche in Höhe von rund 2.000 Euro begleichen. Sein Plan, sich durch die rückwirkende Auflösung in der Probezeit Geld zu sparen, war nach hinten losgegangen. Hätte er den Mitarbeiter behalten, wäre ihm für die Dauer der Absonderung ein Ersatz des zu zahlenden Entgelts vom Staat zugestanden.

Fast 90 Mio. Euro für die Mitglieder erkämpft

Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2021 für ihre Mitglieder 89,2 Millionen Euro erkämpfen. Das ist deutlich weniger als im Jahr zuvor. Zurückzuführen ist das auf den Rückgang bei den Insolvenzen: Wurden 2020 in Insolvenzverfahren noch 46,4 Millionen Euro für die betroffenen Beschäftigten erkämpft, waren es im vergangenen Jahr „nur“ 10,3 Millionen Euro. Grund dafür sind die großzügigen Corona-Hilfen für Unternehmen, die zahlreiche Firmenpleiten verhindert haben. Es ist zu befürchten, dass es hier nach Ende der Pandemie wieder zu einem deutlichen Anstieg kommen wird.

ERSTRITTENE BETRÄGE: WENIGER INSOLVENZEN WEGEN DER CORONAHILFEN



Der Großteil der erstrittenen Beträge, nämlich fast 61 Millionen Euro, entfiel auf das Sozialrecht. In Arbeitsrechtsangelegenheiten (inklusive Lohnsteuerberatung) holte die AK 14,8 Millionen Euro herein. Insgesamt gab es somit im Arbeits- und Sozialrecht ein Plus von sieben Prozent im Vergleich zum Jahr zuvor.

Factbox – die Bilanz 2021 der AK Oberösterreich auf einen Blick

Beratungen	316.040
davon telefonisch	245.965
davon persönlich	37.011
davon schriftlich und per Mail	33.064
Vertretungen	7.579
davon im Arbeitsrecht	3.601
davon im Sozialrecht	2.271
davon in Insolvenzrechtssachen	1.707

Vertretungserfolg	89,219.570
davon im Arbeitsrecht (inkl. Lohnsteuer)	14,772.036
davon im Sozialrecht	60,787.870
davon in Insolvenzverfahren	10,328.863
davon im Konsumentenschutz	3,330.801

Wenn es um die Rechte der Arbeitnehmer/-innen geht, scheut die AK auch nicht davor zurück, wegen kleiner Beträge zu intervenieren oder gar vor Gericht zu gehen. Und manchmal geht es auch um richtig viel Geld:

	Erfolgsbetrag
höchster Erfolgsbetrag	409.605
niedrigster Erfolgsbetrag	10,66
Durchschnitt	5.258

Den höchsten Erfolg erzielte die Arbeiterkammer in einem Gerichtsverfahren, in dem ein Arbeitnehmer geklagt wurde: Dabei ging es um eine Rückforderung von Folgekosten eines schweren Arbeitsunfalls, den der Mann verursacht hatte. Die Forderung hätte den Arbeitnehmer finanziell ruiniert, konnte aber von der AK abgewehrt werden.

Den niedrigsten Betrag sicherte die AK einem Mann, der zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen worden war. Nachdem ihn der Betrieb nicht darauf hingewiesen hatte, dass die im Zusammenhang mit seiner Bewerbung anfallenden Kosten nicht ersetzt werden, stand ihm ein Fahrtkostenersatz in Höhe von 10 Euro zu.

Ein typischer Fall aus dem Sozialrecht

Wegen zahlreicher gesundheitlicher Einschränkungen beantragte ein Lagerangestellter aus Linz eine Berufsunfähigkeitspension. Der Mann litt infolge eines Prostatakrebs an Blasenschwäche. Dazu kamen die Abnützung der Wirbelsäule, Beschwerden und Bewegungseinschränkungen nach Brüchen der linken und rechten Schulter sowie Beschwerden nach einem Vierfach-Bruch des linken Unterfußes. Seine Lungenfunktion war zur Hälfte eingeschränkt und zu allem Überdross litt der Mann an depressiver Verstimmung. An eine weitere berufliche Tätigkeit war nicht zu denken. Dennoch lehnte die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) den Pensionsantrag ab.

Der verzweifelte Arbeitnehmer wandte sich an die AK und bat um Hilfe. Die bekam er: Die AK reichte Klage gegen den ablehnenden Bescheid ein. Auf Basis neuer orthopädischer, neurologisch-psychiatrischer und urologischer Gutachten stellte sich heraus, dass der Mann seine berufsgeschützte Tätigkeit aufgrund seiner vielfältigen körperlichen und psychischen Leiden tatsächlich nicht mehr ausüben konnte. Daher stimmte die PVA nun dem Antrag zu und gewährte dem Mann die Berufsunfähigkeitspension.

Politische Interessenvertretung

Die AK unterstützt ihre Mitglieder aber nicht nur in rechtlichen Fragen. Sie ist Ansprechpartnerin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in vielen Lebenslagen und deren starke Stimme gegenüber der Politik, arbeitet in Kommissionen und Beiräten (etwa AMS oder GKK) mit, begutachtet Gesetzesentwürfe und erstellt eigene Gesetzesvorschläge, um die Lage der Beschäftigten zu verbessern. Zuletzt hat die AK etwa den Gesetzesentwurf zur Impfpflicht aus der Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begutachtet.

Um allen Lehrstellensuchenden, die keinen passenden Ausbildungsplatz finden, eine Perspektive zu geben, stellt die AK Oberösterreich im heurigen Jahr fünf Millionen Euro für eine Ausbildungsoffensive zur Verfügung. Damit sollen mehr junge Menschen eine gute zukunftsfähige Ausbindung erhalten. Für dieses Projekt sollen auch Unternehmen, Sozialpartner und andere Institutionen ins Boot geholt werden.

Arbeits- und Sozialrechtsberatung

Telefonisch: +43 (0)50 6906-1

Montag bis Donnerstag 7:30 bis 16 Uhr, Freitag 7:30 bis 13:30 Uhr,

Persönlich: nach Terminvereinbarung unter 050/6906-1

Montag bis Donnerstag 7:30 bis 16 Uhr, Freitag 7:30 bis 13:30 Uhr

E-Mail: rechtsschutz@akooe.at

Lohnsteuerberatung: +43 (0)50 6906-1603 oder lohnsteuer@akooe.at